

## **Verhandlungen über barrierefreies Wohnen**

Weingarten (jum). „Der Gemeinderat unterstützt Aktivitäten der Verwaltung, um barrierefreie und betreute Wohnungen in der Ortsmitte auszuweisen.“ Auf diese Formulierung verständigte sich – einstimmig – der Gemeinderat von Weingarten in seiner jüngsten Sitzung.

Ausgangspunkt war ein Antrag der WBB-Fraktion, in der Ortsmitte eine Fläche für betreutes Wohnen auszuweisen und die Realisierung vorzubereiten.

In Weingarten gibt es laut Information der Verwaltung derzeit insgesamt 55 Plätze im betreuten Wohnen, davon 24 im Haus Edelberg (dort sind 24 weitere Plätze vorgesehen) und 31 in der Unteren Mühle (dort sind aktuell mehrere Wohnungen frei).

Die Gemeindeverwaltung verhandelt gegenwärtig über den Bau von seniorenbetreuten Wohnungen auf dem Eckgrundstück Ringstraße/Schopenhauerstraße. Auch auf dem Gewerbepark in der Kanalstraße sollen 21 barrierefreie Wohnungen entstehen.

## **Geld für das Heimatmuseum**

Weingarten (jum). Aus Erträgen der Kulturstiftung der Sparkasse Karlsruhe aus den Jahren 2009 und 2010 stehen der Gemeinde Weingarten in diesem Jahr insgesamt 13 390 Euro zur Verfügung. Der Gemeinde steht bei der Vergabe ein Vorschlagsrecht zu. Der Gemeinderat sprach sich in seiner jüngsten Sitzung mehrheitlich dafür aus, das Geld für Vitrinen und weiteres Ausstellungsmobiliar im neuen Heimatmuseum des Bürger- und Heimatvereins in der Durlacher Straße zu verwenden.

Aus den Reihen des Gremiums wurde dabei mehrfach der Wunsch geäußert, der Verein möge sein Ausstellungskonzept im Gemeinderat vorstellen.

## **Keine Schilder für Rauchverbot**

Weingarten (jum). Keine Mehrheit im Weingartener Gemeinderat fand ein Antrag der CDU-Fraktion, auf den öffentlichen Spielplätzen Rauchverbotsschilder aufzustellen. „Die Schilder sollen ein Appell an die Raucher sein, als Vorbild zu fungieren“, erklärte CDU-Gemeinderat Gerald Lopp. „Und sie sollen denen, die Raucher auf dem Platz ansprechen, Rechtsicherheit geben.“ Die Gemeindeverwaltung sprach sich gegen die Schilder aus. Deren Aufstellung, so Bürgermeister Eric Bänziger, koste inklusive Personal bei 38 Schildern rund 6 300 Euro. Und zur Kontrolle abends und nachts müsste neben dem Gemeindevollzugsdienst auch die Polizei einbezogen werden. Auch die Bereitschaft der CDU, die von der Gemeinde besorgten Schilder über einen Zeitraum von zwei bis drei Jahren selbst zu montieren, um Kosten zu sparen, brachte keine Mehrheit.